

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Gemein Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 53.

Mittwoch, 4. März 1923, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten für den Fall des Eintreffens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. vom ersten, 4. vom letzten Wochentag, 16 Silben 25 Gold-Pfennige die 88 am breit, Restzeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckte und tabellarische Satz 50%, Halbsatz, 1/2 Zeile Tarife, Kundliche Fahrt, wenn der Betrag verhält, durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler in der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Die Trauerfeier in Berlin.

Berlin. (Funkspruch, nachm. 1 Uhr.) Die Vorbereitungen zur Trauerfeier für den verstorbenen Reichspräsidenten waren um die Mittagsstunde abgeschlossen. Das Auerhaus und der Weg durch das Brandenburger Tor zum Reichstagsgebäude und weiter zum Potsdamer Bahnhof wie das Bahnhofsgebäude selbst, sind würdig, aber schlicht und einfach ausgeschmückt. Der Garten vor dem Hause des Reichspräsidenten, über den die Präsidentenflagge zum letzten Mal gehisst wurde, ist in dem letzten Augenblicke des Herbes, aber sonnigen Märztauges, ist entlang den Seitenwegen bis zum Haupteingang, an dem zwei Ehrenposten stehen, mit Trauerkränzen aus dem ganzen Reich ausgeschmückt. Das Portal und die Trauerräume sind mit schwarzen Flor ausgeschlagen und mit Kränzen, darunter denen der Freunde und Bekannten, gefüllt. Vor dem im Vorraum stehenden Bronsebild des verstorbenen Reichspräsidenten brennen zwei Leuchter mit je 6 Kerzen. Vor der Büste liegt der von der Stadt Riesa gestiftete Kranz mit weißer Schleife. Durch das ganze schwarzgehaltene Treppenhaus erreicht man die für die amtliche Trauerfeier ausstatteten Trauerkammern. Im Mittelraum des sogenannten großen Saales ist an der Schmalseite gegen den Garten unter einem Baldachin der mit der Präsidentenflagge geschmückte Sarg aufgestellt, an dem die Ehrenwache der Reichswacht mit aufgestellten Seitengewehren steht. An dem Sarge brennen zwei Kandelaber, sein einziger Schmuck sind die beiden Kränze der Witwe und der Kinder des Verewigten. Vor den Langseiten des Saales stehen in schweren Eisen große Fliedersträucher.

Für die Trauerfeier anlässlich der Ueberführung des verstorbenen Reichspräsidenten

waren die Ausgestaltungsarbeiten am Dienstag in vollem Gange. Die Gesamtleitung lag in den Händen des Reichsfunktionärs Dr. Heddlow, die Durchführung war der Reichshauptverwaltung übertragen und wurde von Oberbaurat Groß geleitet. In den einzelnen Arbeiten waren die Firmen Hermann Röhse und Gerson herausgehoben, außerdem war noch durch die Stadt Berlin und die Reichsbehörden Material zur Verfügung gestellt. Die ganze Ausgestaltung war auf Würde und Schlichtheit bedacht und vermied alle lediglich schmückenden Elemente. Da, wo der Zug sein sollte, überall die Laternen unter Fluren brennen, die Laternen der Laternen werden mit Grün umwunden. Wo große Farben fluren, wie bei den Kassafronten, wurden sie verkleidet und da, wo ein bestimmtes Bild erreicht werden sollte, wie in dem gleichsam zu einem Franzosenaal gewickelten abgegrenzten Teil der Wilhelmstraße vor dem Hause des Reichspräsidenten wurden Postamente mit Decken aufgestellt. Besondere Vorkehrungen sind unter beratender Hilfe des Intendanten Bessner vor dem Reichstag getroffen, wo von der Volkserreignisse die große Abschiedsfeier unter freiem Himmel geplant ist. Das Portal des Reichstags erhielt hierzu einen einfachen Schmuck. Besondere Vorkehrungen sind noch am Potsdamer Bahnhof getroffen worden. Hier wurde der Aufbau für den Zug in der Mitte der Portalkasse und eine Verteilung der Wände der Portalkasse eingerichtet. Die Ausgestaltung des Trauerhauses selbst war am Dienstag mittag bereits im wesentlichen vollendet. Das Erdgeschoss war schon vor der Ueberführung aus dem Reichsanatorium würdig zur Aufnahme des Toten hergerichtet. Für die Trauerfeier wird der Sarg in dem im ersten Stockwerk gelegenen großen Saal aufgebahrt werden. Hier hat der alte Brauch, im Trauerhaus die Sotegel zu verfallen, die Grundbesitzer gegeben: Ein dunkler, schwarzer Flor verhält die Wände, in den Nischen ist Pflanzenzucht mit weißen Blumen aufgestellt. Die Mitte des Saales wurde durch einen kleinen Ausbau erweitert, vor dem sich ein dunkler Baldachin erhebt. Unter diesem erfolgte am Mittwoch morgen die Aufbahrung zur Trauerfeier.

Der Sonderzug

der die Leiche des Präsidenten nach Heidelberg überführt, nimmt seinen Weg über Magdeburg, Aachen, und Kassel und trifft Donnerstag zwischen 6 und 7 Uhr in Frankfurt a. M. ein. An allen großen Schnellzugstationen, wo der Zug hält, werden die republikanischen Verbände kurze Trauerkundgebungen veranstalten. In Frankfurt am Main, wo der Zug einen längeren Aufenthalt nehmen wird, ist eine größere Trauerkundgebung geplant. In Heidelberg trifft der Zug so zeitig ein, daß die Beisegung vormittags 10 Uhr auf dem Bergfriedhof stattfinden kann.

Die Beteiligung Frankreichs an den Beisetzungsfeierlichkeiten.

Paris. Der Präsident der Republik hat den französischen Botschafter in Berlin mit seiner Vertretung bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten in seiner Eigenschaft als außerordentlicher Gesandter beauftragt.

Die Vertretung Schwedens, Dänemarks und Norwegens bei der Beerdigung des Reichspräsidenten.

Kopenhagen. Bei der Beisetzungsfeierlichkeiten des Reichspräsidenten Ebert wird der dänische Gesandte in Berlin den dänischen König vertreten. Gleichzeitig wird der dänische sozialdemokratische Abg. D. T. Nielsen als Vertreter seiner Partei nach Deutschland reisen, um an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilzunehmen. Auch der norwegische und der schwedische König werden sich von ihren Gesandten in Berlin vertreten lassen.

Eine Friedrich Ebert-SträÙe in Berlin.

Berlin. (Funkspruch.) Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß eine der Hauptverkehrsstraßen der Stadt Berlin Friedrich Ebert-SträÙe genannt werden soll.

Die Trauerfeier in Washington.

Washington. Das Staatsdepartement hat Einladungen zu einer Trauerfeier erteilt, die Freitag vormittag in Washington stattfinden wird.

Die Trauerfeier des Preussischen Landtags.

Berlin. Der Preussische Landtag versammelte sich gestern nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung, die ausschließlich dem Gedächtnis des verstorbenen ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gewidmet war. Die Tribünen waren fast besetzt. Im Saale waren nur die Plätze der Kommunisten aus der Nationalsozialisten leer.

Der Tisch des Präsidenten war mit schwarzem Trauerflor umkleidet. Bis um 2 1/2 Uhr Präsident Bartels sich zur Gedächtnisrede erhob, erhob sich mit ihm die Abgeordneten und die Tribünenbesucher.

Landtagspräsident: Bartels

führte in seiner Gedächtnisrede an: Friedrich Ebert war ein Sohn des Volkes und ist es geblieben bis zu seinem Ende. Mit Festigkeit und Begeisterung hat er verstanden, das Schicksal des deutschen Volkes in den schlimmen Nachkriegsjahren entscheidend zu beeinflussen. Seine überlegene Sachlichkeit, sein Verantwortungsgewissen und die Staatskunst, mit der er die Interessen seines Vaterlandes zu wahren verstand, hat nicht nur in der Heimat, sondern auch im Ausland Achtung vor seiner überragenden Persönlichkeit und reiche Anerkennung hervorgerufen. Der anerkennenden Worten in der Rundgebung der Reichsregierung schließt sich der Landtag als Vertretung des preussischen Volkes in dankbarer Erinnerung an den Verstorbenen voll an. Wenn hat der Leidenschaft die Gesichte sprechen wird, wird diese festhalten, daß er es war, der seinem Volke aus der Katastrophe und dem Zusammenbruch den Weg gebahnt hat, zu einem allmählichen Aufstieg. In der Geschichte des Widerstandes nach dem verlorenen Weltkriege wird die Persönlichkeit Friedrich Eberts einen ehrenvollen Platz finden! Möge das deutsche Volk zu seinem Nachfolger einen Mann wählen, der mit gleicher Liebe und Hingabe seinem Vaterlande dient. Möge das deutsche Volk von weiteren Schicksalsschlägen verschont bleiben, damit der begonnene Aufstieg fortgesetzt kann und für unser gesaußtes Land und Volk endlich eine glücklichere, sorgenfreie Zeit anbricht.

Nach der Gedächtnisrede verlegte sich der Landtag sofort auf Donnerstag, 12 Uhr mittags.

Nach Schluß der Sitzung erschien der Abg. Pöhl (Komm.) auf der Regierungsbühne und verlangte das Wort zur Geschäftsberichterstattung. Der Präsident verwies ihm aber das Wort. Pöhl sprach darauf in wilden Schimpfworten aus, verließ aber schließlich auch den Saal.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundtelegramm vorläufig ermahnt und sie darum gebeten, alle Vorbereitungen für die Wahl des Reichspräsidenten sofort in Angriff zu nehmen und die Gemeinden dahin anzuweisen, daß sie spätestens bis zum 18. März die Auslegung der Wählerlisten ermöglichen. Die Wählerlisten der letzten Reichswahl sollen möglichst verwendet und nach dem neuen Stand ergänzt werden. Ein besonderes Geheiß über die Vornahme der Wahl ist nicht erforderlich, der Reichstag setzt einfach durch Wehrrechtsbeschlüsse den Wahltermin fest. Bei den gestrigen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern war der Wunsch maßgebend, die Wahl möglichst frühzeitig anzusetzen. Es wurde insbesondere in Erwägung gezogen, ob nicht der epl. erforderliche zweite Wahlgang näher an den ersten Wahlgang herangerückt werden könne. Zur Feststellung des Ergebnisses des ersten Wahlganges wird mindestens ein Zeitraum von 14 Tagen erforderlich sein. Der Wahlmonat, der 5. April, der Ostermonat und der 19. April, der sogenannte weiße Sonntag, eignen sich sämtlich nicht zu einer Wahl. Der Wahlmonat ist in der evangelischen Kirche der übliche Konfirmationstag und der weiße Sonntag ist in der katholischen Kirche der Kommunionstag. Da auch die Karwoche für die Wahl nicht in Frage kommt, so blieb nichts anderes übrig, als für den zweiten Wahlgang den 26. April vorzusehen. Die preussischen Gemeinden sind bereits vom preussischen Minister des Innern angewiesen worden, die Aufstellung der Wählerlisten möglichst zu beschleunigen.

Eine folgenschwere Explosion.

Wittenberg. (Funkspruch.) In den Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerken in benachbarten Reinsdorf ereignete sich gegen 10 Uhr vormittags eine folgenschwere Explosion, durch die ein Teil des Betriebes stillgelegt wurde. Die Vergangenen Toten und Verletzten ist im Gange.

Wittenberg. (Funkspruch.) In dem Sprengstoff-Anhalt ist weiter zu berichten, daß die Detonation so stark war, daß sie in den Dörfern und Städten der Umgebung vernommen wurde und sogar in Coswig die Fenster scheitern zerbrachen. Volker hält die Unglücksfälle abgesperrt. Das Unglück soll sich, wie verkauert, in der Abteilungs ereignet haben, in der hauptsächlich Frauen und Mädchen beschäftigt werden.

Die Steuerentwürfe.

Das Bild der vom Kabinett Luther beschlossenen Reichsfinanzreform rundet sich immer mehr ab. Es fehlt nur noch das Auswertungsgeheiß, das man kennen muß, um einen Ueberblick über die Finanzbedürfnisse des Reichs zu gewinnen. Dann kann der große Kampf zwischen Reichstag und Regierung losgehen. Neuerdings sind die Entwürfe über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer veröffentlicht worden. In ihrer Begründung weist das Finanzministerium darauf hin, daß nach den angestellten Berechnungen für die Zukunft die Finanzlage des Reichs nicht als gesichert gelten könne, wenn nicht auch von den Verbrauchssteuern wenigstens die erhöht würden, die auf Genussmittel gelegt sind. Besonders Widerstand auf der linken Seite wird natürlich der Satz erregen, daß die Besteuerungen im allgemeinen nicht weiter angesetzt werden könnten, daß sie vielmehr bereits überaus angesetzt seien. Besonders wird sich im Zusammenhang mit der Debatte über die Erhöhung der Tabaksteuer die Frage einer Besteuerung der Inflationsgewinne in den Vordergrund schieben. Denn so abstrakt ist ja die große Masse der Deutschen nicht, daß sie eine Mehrbesteuerung des Bier- und Tabakgenusses als gerecht und erträglich ansehen möchte. Nur in der Jugendbewegung wird es heißen auf so! Für das Bier sieht der Gesetzgeber eine Verdoppelung der Steuererläge vor. Das wird nicht nur in Bayern, wo die Volksseele ins Kochen geraten dürfte, sondern auch in den anderen Reichsteilen übel aufgenommen werden. Ebenso steht es mit der Besteuerung der Tabakwaren.

Sodann ist die Gewerbesteuer über den Finanzausgleich veröffentlicht worden. Hierüber haben bekanntlich lebhafteste Verhandlungen zwischen den Ländern und dem Reich stattgefunden, doch hat der starke Kultursturm den ursprünglichen Standpunkt des Reichsfinanzministeriums nicht wesentlich erschüttern vermocht. Die Vorlage hält daran fest, daß das Reich von der Einkommen- und Körperschaftsteuer künftig 25 statt 10 Prozent erhalten soll, während die Länder dafür von der Umsatzsteuer 30 statt 20 Prozent bekommen, allerdings nur bis zum 1. April 1926. Der dringende Wunsch der Länder nach völliger Ueberlassung der Einkommensteuer ist also vom Reich abgelehnt worden. Sine qua non bleibt das Justizrecht betreffen, wie es vom Reich vorgeschlagen und von den Ländern mit wenig Enthusiasmus begrüßt worden war. Und es soll nicht, den ursprünglichen Absichten entsprechend, reichsrechtlich begrenzt werden, sondern die neue Finanzhoheit der Länder soll darauf bestehen, daß sie beliebige hohe Zuschläge zu den Einkommen- und Körperschaftsteuern des Reichs erheben dürfen. Wird das schon manchem reisegewandten Bürger einen gelinden Schrecken einjagen, so können die Pläne für die Haussteuerreform recht wohl die Gemüter beruhigen.

Das Geheiß enthält die wichtige Bestimmung, daß die volle Friedensmiete in allen Ländern spätestens am ersten April 1926 wieder in Kraft treten soll. Das wird für viele Mieter ein sehr harter Schlag sein.

Die Haussteuerreform, die bisher nur befristet auf, soll nun dauernd eingeführt und den Ländern ganz zur Verfügung gestellt werden. Zur Förderung der Neubautätigkeit dürfen höchstens 10 v. H. der Friedensmiete verwendet werden, was den Ländern nach ihren bisherigen Verrechnungen als zu wenig erscheint. Immerhin kommen, da die gesamten Friedensmieten auf etwa 5 Milliarden geschätzt werden, doch 500 Millionen jährlich zur Förderung der Neubautätigkeit heraus.

Die Reichsfinanzverwaltung glaubt, daß die Länder auf Grund dieses Gesetzes 45 v. H. mehr Einnahmen als vor dem Kriege, die Gemeinden 50 v. H. mehr haben werden und daß sie damit auskommen müßten. Auch dies wird von Ländern und Gemeinden bestritten, aber die Öffentlichkeit dürfte doch erst einen genaueren Nachweis darüber verlangen, weshalb in unserer Verarmung soviel höhere Aufwendungen nötig sein sollen als in der Zeit des Glanzes.

795 000 Mark

für die Fortwunder Hinterbliebenen.

Berlin. Die Spenden für die Hinterbliebenen der bei der Grubentatastrophe in der Jecher „Münster Stein“ getöteten Bergleute haben laut „B. Z.“ bis jetzt 660 000 Mk. ergeben, die in Dortmund zusammengefaßt sind. Außerdem hat die Sammlung der Deutschen Rothilfe 135 000 Mk. eingebracht.

Die Eröffnung des Nationalrats.

Trauerkundgebung für den verstorbenen Reichspräsidenten. Wien. Den Nationalrat eröffnete Präsident Miklas durch einen vom Hause stehend angehörten Nachruf auf den verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Der Präsident sagte u. a., ein überzeugter Vertreter des demokratischen Gedankens in der Welt, hat Friedrich Ebert mit sicherer Hand am Steuer der deutschen Republik gestanden, unbereit von Günst oder Ungünst der Stunde, immer nur das eine Ziel vor Augen: seinem schwergeprüften Vaterlande zu wirtschaftlicher Genesung und zu freudlichem Aufstieg den Weg zu bereiten. Die private Anteilnahme, die wir hier in Österreich dem großen Nachbarn in diesen Tagen der Trauer bekunden, darf von dem erhabenden Bewußtsein begleitet sein, daß Friedrich Ebert dem deutschen Namen in der Welt Ehre machte. Dafür danken ihm die Zeitgenossen und werden ihm auch die Nachfahren dank wissen. Das Haus beschloß, die Trauerkundgebung dem amtlichen Protokoll einzuverleiben.